

# GESELLSCHAFTSVERTRAG

der

Mustermann  
Besitz GbR

mit Sitz in

Musterstadt

**I N H A L T S V E R Z E I C H N I S**

=====

- § 1 Gesellschaft bürgerlichen Rechts
- § 2 Gesellschaftsdauer und Geschäftsjahr
- § 3 Gesellschaftsvermögen, Gesellschafter und Kapitalanteile
- § 4 Geschäftsführung und Vertretung
- § 5 Zustimmungspflichtige Geschäfte
- § 6 Ergebnisfeststellung, Rücklage
- § 7 Kontrollrechte
- § 8 Gesellschafterversammlung
- § 9 Beschlussfähigkeit und Stimmrecht
- § 10 Abtretung, Belastung der Rechte, Vorkaufsrecht
- § 11 Güterstandsklausel
- § 12 Ausschließung
- § 13 Ausscheiden
- § 14 Liquidation
- § 15 Auseinandersetzung
- § 16 Erbfolge
- § 17 Mediation
- § 18 Schlussbestimmungen

### **Präambel**

Die Eheleute **Max Mustermann und Marta Mustermann** beabsichtigen, eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts zu errichten, deren Zweck die eigene, allgemeine Vermögensverwaltung, insbesondere die Verwaltung von Grund- und Immobilienbesitz für eigene Rechnung sein soll.

Hierzu schließen die Beteiligten den nachfolgenden Gesellschaftsvertrag, nach dem sich ihr Gesellschafterverhältnis untereinander und zwischen ihnen und der Gesellschaft richten soll.

### **§ 1**

#### **Gesellschaft bürgerlichen Rechts**

(1) Die Bezeichnung der Gesellschaft lautet

#### **„Mustermann Besitz GbR“**

(2) Zweck der Gesellschaft ist die eigene Vermögensverwaltung, insbesondere der Erwerb von Grundbesitz, die Vermietung, Verpachtung und Verwaltung von Gewerbe- und Wohnbauten sowie sonstiger Gewerbeanlagen auf eigene Rechnung.

(3) Die Gesellschaft führt keine nach § 34 c Gewerbeordnung (Makler, Bauträger, Baubetreuer) genehmigungspflichtigen Geschäfte durch.

(4) Der Sitz der Gesellschaft ist Musterstadt.

(5) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

## § 2

### Gesellschaftsdauer und Geschäftsjahr

- (1) Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer geschlossen. Sie beginnt mit Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit.
- (2) Jeder Gesellschafter kann die Gesellschaft mit einer Frist von 12 Monaten zum Jahresende kündigen. Aufgrund der Funktion der Gesellschaft als Familienpool und zur Sicherung der Nachfolge sowie der Vermögenswerte der Familie Mustermann ist eine ordentliche Kündigung **erstmalig 20 Jahre nach Errichtung der Gesellschaft zum Jahresende**, d.h. mit Wirkung zum 31.12.2039 möglich. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grunde gem. § 723 Abs. 1 Satz 3 BGB bleibt hiervon unberührt.

## § 3

### Gesellschaftsvermögen, Gesellschafter und Kapitalanteile

- (1) Gesellschafter der Gesellschaft mit den nachstehend aufgeführten Anteilen am Gesellschaftsvermögen sind:
  - a) Herr **Max Mustermann**  
mit einer Beteiligung in Höhe von **100 v.H.;**
  - b) Frau **Marta Mustermann**  
mit einer Beteiligung in Höhe von **0 v.H.;**
- (2) Die Gesellschaftsanteile sind durch Bareinlagen der Gesellschafter bei Errichtung der Gesellschaft erbracht worden.
- (3) Nach der Beteiligung der Gesellschafter an der Gesellschaft richtet sich insbesondere deren Gewinn und Verlust und Auseinandersetzungsguthaben.

## § 4

### Geschäftsführung und Vertretung

- (1) Zur Geschäftsführung und Vertretung in den Angelegenheiten der Gesellschaft sind ausschließlich die Gründungs-Gesellschafter Herr **Max Mustermann** und Frau **Marta Mustermann** einzeln berechtigt und verpflichtet. Weitere Gesellschafter sind von der Geschäftsführung und Vertretung ausgeschlossen. Das Recht zum Widerspruch eines Gesellschafters gegen die Vornahme eines Geschäfts gem. § 711 BGB ist für jeden Gesellschafter ausgeschlossen.
- (2) Der jeweilige geschäftsführende Gesellschafter vertritt die Gesellschaft auch dann stets allein, wenn mehrere Geschäftsführer vorhanden sind. Er ist jeweils stets berechtigt, als Vertreter der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte vorzunehmen (Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB).
- (3) Die geschäftsführenden Gesellschafter Herr **Max Mustermann** und Frau **Marta Mustermann** können als jeweils einzelvertretungsberechtigter und jeweils von den Beschränkungen des § 181 BGB befreiter Geschäftsführer nur aus **wichtigem Grunde** abberufen werden. Bei schriftlicher Zustimmung kann die Position des geschäftsführenden Gesellschafters in die eines nicht am operativen Geschäft teilnehmenden Beraters umgewandelt werden; Einzelheiten bleiben einer gesonderten Regelung unter den Parteien vorbehalten. Das vorbenannte Recht steht dem jeweiligen Geschäftsführer jeweils als nicht übertragbares, aber vererbliches **gesellschaftsrechtliches Sonderrecht** zu. Das Sonderrecht entfällt ersatzlos, wenn der Gesellschafter aus der Gesellschaft ausscheidet oder der berechtigte Gesellschafter darüber keine testamentarische Regelung getroffen hat; und zwar im Zeitpunkt seines Ablebens.
- (4) Der geschäftsführende Gesellschafter haftet für die Einhaltung der Regeln einer ordnungsgemäßen Verwaltung und für die Beachtung des Gesellschaftsvertrages und der Gesellschafterbeschlüsse.

Der geschäftsführende Gesellschafter hat seine Arbeitskraft in erforderlichem Umfang in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

Die Höhe der Vergütung des geschäftsführenden Gesellschafters wird von der Gesellschafterversammlung festgelegt. Die Vergütung ist zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres unter Berücksichtigung der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Ertragslage der Gesellschaft neu festzusetzen. Diese Tätigkeitsvergütungen stellen im Verhältnis der Gesellschafter zueinander Aufwand dar.

- (5) Der geschäftsführende Gesellschafter hat neben seiner Tätigkeitsvergütung Anspruch auf Erstattung seiner notwendigen Auslagen; diese stellen im Verhältnis der Gesellschafter zueinander Aufwand dar.
- (6) Der Geschäftsführer kann jedem Gesellschafter zur Durchführung von Handlungen, die dem Gesellschaftszweck dienen, Vollmacht erteilen.

## § 5

### Zustimmungspflichtige Geschäfte

- (1) Handlungen der Geschäftsführung, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen, bedürfen neben eines Gesellschafterbeschlusses der Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit die ausdrückliche und schriftliche Zustimmung der beiden Gründungsgesellschafter Herr **Max Mustermann** und Frau **Marta Mustermann**; das gilt insbesondere für
  - a) Erwerb, Veräußerung und Belastung oder Beleihung, gleich welcher Art, von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten;
  - b) Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Beteiligungen einschließlich Mitgliedschaften;
  - c) der Erwerb und die Veräußerung sowie die Umschichtung von Wertpapier- und/oder Bankdepots sowie Fonds oder sonstiger Beteiligungen im Rahmen der Vermögensverwaltung;

- d) Abschluss von Geschäften, die zu ungewöhnlichen Bedingungen abgeschlossen werden sollen oder bei deren Durchführung außergewöhnliche Haftungsrisiken zu vermuten sind;
  - e) unentgeltliche Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte zu Lasten der Gesellschaft;
  - f) Anträge auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens.
- (2) Handlungen der geschäftsführenden Gründungs-Gesellschafter Herr **Max Mustermann** und Frau **Marta Mustermann**, welche den Kauf, die Veräußerung oder Belastung von Grundbesitz oder grundstücksgleichen Rechten der Gesellschaft sowie den Kauf oder die Veräußerung sowie die Umschichtung von Bank- und Wertpapierdepots, Fonds oder anderen (Vermögens-)Anlagen der Gesellschaft zum Inhalt haben, bedürfen keiner Zustimmung durch die Gesellschafterversammlung. Die vorgenannten Gründungs-Gesellschafter Herr **Max Mustermann** und Frau **Marta Mustermann** sind in diesen Fällen ausdrücklich und unwiderruflich dazu befugt und berechtigt, diese Maßnahmen vorzunehmen - unabhängig von ihrer Beteiligungsquote an der Gesellschaft.
- (3) Die vorstehenden gesellschaftsvertraglichen Sonderrechte gem. Absatz (1) und (2) stehen den Gründungs-Gesellschaftern Herr **Max Mustermann** und Frau **Marta Mustermann** als nicht übertragbare aber vererbliche gesellschaftsrechtliche Sonderrechte zu. Das jeweilige Sonderrecht entfällt ersatzlos, wenn der Gesellschafter aus der Gesellschaft ausscheidet oder der berechtigte Gesellschafter darüber keine testamentarische Regelung getroffen hat; und zwar im Zeitpunkt seines Ablebens.

**§ 6**

**Ergebnisfeststellung, Rücklage**

- (1) Der Geschäftsführer ist verpflichtet, soweit erforderlich, die einheitliche und gesonderte Feststellung der Einkünfte für das vorangegangene Geschäftsjahr innerhalb der geltenden gesetzlichen Fristen vorzulegen.
- (2) Am Ergebnis der Gesellschaft sind alle Gesellschafter im Verhältnis ihres Anteils am Gesellschaftsvermögen beteiligt.
- (3) Jeder Gesellschafter kann während des Geschäftsjahres zu Lasten seines späteren Gewinnanteiles diejenigen Beträge entnehmen, die er für auf seinen Gesellschaftsanteil entfallende Steuerzahlungen und Steuervorauszahlungen benötigt. Weitergehende Abschlagszahlungen auf etwa erwartete Gewinne können mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen werden.
- (4) Einen liquiden Überschuss der Gesellschaft wird der Geschäftsführer an die Gesellschafter innerhalb eines Monats nach Beschluss der Gesellschafterversammlung über die Verwendung des Ergebnisses ausschütten, soweit er nicht zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung und **Rücklagenbildung** benötigt wird. Die Gesellschafterversammlung kann mit einfacher Mehrheit beschließen, dass der liquide Überschuss auf einem auf den Namen der Gesellschaft lautenden Bankkonto als Rücklage zugeführt wird. Ferner kann die Gesellschafterversammlung beschließen, dass Vorauszahlungen auf den voraussichtlich entstehenden Überschuss geleistet werden. Die Auflösung dieser Rücklagen erfolgt ebenfalls mit einfacher Mehrheit der in der Gesellschaft vorhandenen Stimmen.



**§ 7**

**Kontrollrechte**

- (1) Den Gesellschaftern stehen sämtliche gesetzlich zugelassenen Kontroll- und Auskunftsrechte wie bei einer OHG zu.
- (2) Die Kontrollrechte können die Gesellschafter auch durch zur Berufsverschwiegenheit verpflichtete Personen ausüben lassen.

**§ 8**

**Gesellschafterversammlung**

- (1) Eine ordentliche Gesellschafterversammlung findet mindestens einmal jährlich am Sitz der Gesellschaft statt. Weitere Versammlungen sind einzuberufen, wenn es dem Geschäftsführer erforderlich erscheint oder wenn es mindestens die Hälfte der Gesellschafter schriftlich verlangt.
- (2) Der Geschäftsführer lädt jeden teilnahmeberechtigten Gesellschafter unter Bekanntgabe der Tagesordnung schriftlich an seine letzte bekannte Anschrift ein. Zwischen dem Tag der Absendung der Einladung und dem Tag der Versammlung muß mindestens eine Woche liegen, wobei der Tag der Absendung und der Tag der Versammlung nicht mitgerechnet werden.
- (3) Die Gesellschafter können selbständig eine Gesellschafterversammlung einberufen, wenn der Geschäftsführer trotz entsprechender schriftlicher Aufforderung von **25 v.H.** der Gesellschafterstimmen und/oder des Gesellschaftskapitals nicht binnen 14 Tagen eine Gesellschafterversammlung einberuft.
- (4) Jeder Gesellschafter ist berechtigt, sich in der Gesellschafterversammlung durch einen zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Bevollmächtigten der rechts- oder steuerbera-

tenden Berufe vertreten zu lassen. Die Vollmachtserteilung ist schriftlich vor Beginn der Gesellschafterversammlung nachzuweisen.

- (5) Gegenstand der jährlichen Gesellschafterversammlung sind u.a. die Feststellung des Jahresabschlusses bzw. steuerliche Ergebnisrechnung und deren Genehmigung sowie die Entlastung der Geschäftsführung.
- (6) Der Beschlussfassung von Gesellschafterversammlungen sind im Übrigen vorbehalten die Änderungen des Gesellschaftsvertrages, die Auflösung der Gesellschaft und der Ausschluß von Gesellschaftern. Ferner steht in der Disposition von Gesellschafterversammlungen der Abschluß der für die Durchführung des Vorhabens erforderlichen Verträge.

## § 9

### Beschlussfähigkeit und Stimmrecht

- (1) Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens **die Hälfte** des Gesellschaftskapitals und/oder der Stimmrechte vertreten ist. Ist die Versammlung nicht beschlußfähig, wird innerhalb von zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung einberufen; diese ist stets beschlussfähig.
- (2) **Sämtliche Beschlüsse** der Gesellschafter bedürfen grundsätzlich eines Gesellschafterbeschlusses mit einfacher Stimmenmehrheit der vorhandenen Stimmen.

Die **Stimmrechtsverteilung** erfolgt abweichend von der Beteiligung der Gesellschafter am Gesellschaftsvermögen der Gesellschafter, wonach den Gesellschaftern Herr **Max Mustermann** und Frau **Marta Mustermann** jeweils drei (3) Stimmen zustehen. In Zukunft beitretende Gesellschafter erhalten jeweils eine (1) Stimme.

- (3) Beschlüsse der Gesellschafterversammlung, die eine Änderung des Gesellschaftsvertrages, eine Auflösung der Gesellschaft oder Gegenstände betreffen, die nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften bei einer GmbH einer qualifizierten Mehrheit bedürften, können

nur mit einer Mehrheit gefasst werden, die drei Vierteln aller vorhandenen Stimmen entspricht.

- (4) Den Vorsitz in der Versammlung führt der an Jahren älteste Gesellschafter, sofern nicht die Gesellschafter einen anderen Vorsitzenden wählen.

Über die von der Gesellschafterversammlung gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift muß die Namen der Anwesenden, deren Stimmen, die Tagesordnung und den Wortlaut der gefaßten Beschlüsse enthalten.

- (5) Abschriften der Protokolle werden den Gesellschaftern innerhalb von drei Wochen durch den Geschäftsführer zugestellt.

Einsprüche gegen das Protokoll müssen spätestens innerhalb von drei Wochen nach Empfang gegenüber dem Geschäftsführer geltend gemacht werden. Soweit eine Einigung zwischen der Geschäftsführung und dem Einspruchsführer über den Einspruch nicht erzielt werden kann, so entscheidet die nachfolgende Gesellschafterversammlung für alle Parteien verbindlich über den Einspruch.

- (6) Eine Gesellschafterversammlung kann auch ohne Einhaltung von Formen und Fristen abgehalten werden, wenn alle Gesellschafter anwesend oder vertreten sind und der Abhaltung der Gesellschafterversammlung zustimmen.

Beschlüsse der Gesellschafter können auch außerhalb von Gesellschafterversammlungen auf schriftlichem, fernschriftlichem, telegrafischem, mündlichem oder fernmündlichem Wege sowie auf elektronischem Wege per E-Mail gefasst werden, wenn alle Gesellschafter hiermit einverstanden sind.

- (7) Wenn in diesem Vertrag von Mehrheit gesprochen wird, ist die Mehrheit der jeweils anwesenden Gesellschafter gemeint; sofern jedoch Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst werden, bezieht sich der jeweilige Mehrheitsbegriff auf die Gesamtheit der Gesellschafter.

- (8) Solange der Gesellschafter Herr **Max Mustermann** Gesellschafter der Gesellschaft ist, steht ihm bei allen Beschlussfassungen der Gesellschafterversammlung das nicht übertragbare aber vererbliche gesellschaftliche Sonderrecht zu, bei Stimmengleichheit („Pattsituation“) mit seinem Stimmrecht im Wege eines Stichentscheides eine Entscheidung der Gesellschafterversammlung herbeizuführen. Das Sonderrecht geht im Falle des Vorversterbens von Herrn **Max Mustermann** auf Frau **Marta Mustermann** über. Das Sonderrecht entfällt ersatzlos, soweit der berechtigte Gesellschafter darüber keine testamentarische Regelung getroffen hat; und zwar im Zeitpunkt seines Ablebens.

## § 10

### **Abtretung, Belastung der Rechte, Vorkaufsrecht**

- (1) **Sämtliche Verfügungen** über Gesellschaftsanteile oder Teile von Gesellschaftsanteilen sowie die Einräumung von Treuhandschaften oder Unterbeteiligungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der einstimmigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

Das Zustimmungserfordernis gilt nicht bei der Übertragung von Gesellschaftsanteilen an Mitgesellschafter oder nachfolgeberechtigte Personen i.S.d. § 16 dieses Gesellschaftsvertrags.

- (2) Beabsichtigt ein Gesellschafter mit Einwilligung der Gesellschafterversammlung gemäß Absatz (1) die Veräußerung seines Gesellschaftsanteils, so hat jeder Gesellschafter den Gesellschaftsanteil oder den Teil des Gesellschaftsanteils zunächst dem geschäftsführenden Gesellschafter zum alleinigen Vorkauf anzubieten. Der Kaufpreis richtet sich nach den Vorschriften dieses Vertrages über die Ermittlung des Abfindungsguthabens. Dieses **Vorkaufsrecht** steht dem geschäftsführenden Gesellschafter als nicht vererbliches und nicht übertragbares gesellschaftsrechtliches Sonderrecht zu. Das Vorkaufsrecht kann nur bis zum Ablauf von einem Monat seit Empfang der Verkaufsmittelteilung und nur durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Verkäufer ausgeübt werden.
- (3) Falls der zum Verkauf stehende Gesellschaftsanteil aufgrund des Vorkaufsrechts an die Vorkaufsberechtigten verkauft wird, sind die Gesellschafter verpflichtet, die für die Abtre-

tung erforderliche Zustimmung zu erteilen und sämtliche Handlungen zur Übertragung des Gesellschaftsanteils vorzunehmen.

- (4) Soweit der Vorkaufsberechtigte gem. Absatz (1) und (2) von seinem Vorkaufsrecht nicht oder nicht fristgerecht Gebrauch macht, ist der Gesellschaftsanteil den übrigen Gesellschaftern nach Maßgabe ihrer Beteiligung zum Kauf anzubieten. Den Angebotsempfängern steht ein Ankaufsrecht zu. Für die Ausübung des Ankaufsrechts gelten die gesetzlichen Bestimmungen über das Vorkaufsrecht mit der Maßgabe, dass der Kaufpreis entsprechend den Vorschriften dieses Vertrages über die Ermittlung des Abfindungsguthabens zu errechnen ist und mehreren ankaufsberechtigten Gesellschaftern das Ankaufsrecht im Verhältnis ihrer Beteiligungen zusteht. Hierbei kommt der Verzicht eines oder einzelner Gesellschafter den übrigen Gesellschaftern zugute.
- (5) An einen Nichtgesellschafter darf eine Veräußerung erst erfolgen, nachdem alle berechtigten Gesellschafter von ihrem Ankaufsrecht keinen Gebrauch gemacht oder auf ihr Recht verzichtet haben. Wird ein Gesellschafter treuhänderisch für Treugeber tätig, kann er das Ankaufsrecht oder den Verzicht auf das Vorkaufsrecht für jeden Treugeber getrennt ausüben.
- (6) Als Verfügung im Sinne des Absatz (1) gilt auch die Eingehung von solchen Rechtsverhältnissen, durch welche ein Gesellschafter hinsichtlich seines Gesellschaftsanteils in eine treuhänderähnliche Stellung gerät oder die Verpflichtung eingeht, die Ausübung seiner Gesellschaftsrechte an die Zustimmung eines außenstehenden Dritten zu binden. Ein Verstoß gegen diese Vorschrift berechtigt zum Ausschluss des betroffenen Gesellschafters.

### § 11

#### Güterstandsklausel

- (1) Verheiratete Gesellschafter verpflichten sich, für ihre Ehe den gesetzlichen Stand der Zugewinnngemeinschaft durch eine **güterrechtliche Vereinbarung** zu modifizieren und hierdurch sicherzustellen, daß für den Fall der Scheidung oder Auflösung der Ehe die Be-

teilung an dieser Gesellschaft von dem Ausgleich des Zugewinns unter Lebenden ausgeschlossen ist. Von dieser Verpflichtung sind die beiden Gründungs-Gesellschafter Herr **Max Mustermann** und Frau **Marta Mustermann** ausdrücklich ausgenommen, solange ihre Ehe besteht; bei Scheidung oder dem Vorliegen der materiellen Scheidungsvoraussetzungen obliegt dem Gesellschafter die Verpflichtung gem. Satz 1.

- (2) Die Gesellschafterversammlung kann einen Gesellschafter, der gegen die Bestimmungen des Abs. (1) verstößt, ausschließen. Der Ausschluss ist jedoch erst zulässig, wenn der Gesellschafter schriftlich zur Vereinbarung der modifizierten Zugewinnsgemeinschaft gemäß Abs. (1) aufgefordert worden ist und der Aufforderung nicht innerhalb von drei Monaten nachgekommen ist. Der betroffene Gesellschafter hat bei der Beschlussfassung über die Ausschließung kein Stimmrecht.

### § 12

#### Ausschließung

- (1) Die Gesellschaft kann einen Gesellschafter durch Gesellschafterbeschluss ausschließen, wenn er gegen wesentliche Verpflichtungen aus diesem Gesellschaftsvertrag verstößt.
- (2) Insbesondere ist der Ausschluss eines Gesellschafters möglich, wenn
- (a) der Gesellschaftsanteil eines Gesellschafters gepfändet oder sonst wie in diese vollstreckt wird und die Pfändung bzw. Vollstreckungsmaßnahme nicht binnen zwei Monaten – spätestens bis zur Verwertung des Gesellschaftsanteils – wieder aufgehoben wird;
  - (b) über das Vermögen des Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet oder der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird;
  - (c) der Gesellschafter die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnisses an Eides Statt zu versichern hat;
  - (d) der Gesellschaftsanteil im Wege der Zwangsvollstreckung oder im Insolvenzverfahren des Gesellschafters dennoch an einen Dritten gelangt ist, weil die Einziehung während des Verfahrens aus welchem Grunde auch immer nicht zulässig war;

- (e) der Gesellschafter ohne Zustimmung der Gesellschafterversammlung gem. § 10 dieses Vertrages verfügt, insbesondere die Beteiligung belastet oder beleih;
  - (f) der Gesellschafter Anlass gegeben hat, ihn aus wichtigem Grunde aus der Gesellschaft auszuschließen;
  - (g) ein Gesellschafter verstirbt und kein nachfolgeberechtigter Erbe oder Vermächtnisnehmer i.S.d. § 16 dieses Gesellschaftsvertrages Gesellschafter wird;
  - (h) der Gesellschafter die Gesellschaft gekündigt oder seinen Austritt aus ihr erklärt hat;
  - (i) der Gesellschaftsanteil im Wege der Gesamt- oder Teilrechtsnachfolge, insbesondere durch eine Umwandlung nach den jeweils geltenden Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes, auf einen Dritten übergegangen ist;
  - (j) der Gesellschafter ohne schriftliche Zustimmungserklärung der Gesellschafterversammlung Treuhandschaften oder Unterbeteiligungen einräumt, den Anteil verpfändet oder in sonstiger Weise belastet;
  - (k) der Gesellschafter dauerhaft und nachhaltig verarmt, dies ist insbesondere der Fall, wenn er unter die Voraussetzungen der „Hartz-IV“-Regelung fällt und die Gefahr der Verwertung seines Gesellschaftsanteils besteht oder ein Vermögensverfall i.S.d. § 490 BGB droht.
- (3) Steht ein Gesellschaftsanteil mehreren Mitberechtigten ungeteilt zu, so ist ein Ausschluss auch zulässig, wenn dessen Voraussetzungen nur in der Person eines Mitberechtigten vorliegen.
- (4) Bei der Beschlussfassung über den Ausschluss hat der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht. Der Ausschluss bedarf eines einstimmigen Gesellschafterbeschlusses aller vorhandenen Stimmen.
- (5) Die Gesellschafterversammlung kann anstelle des Ausschlusses beschließen, dass der Gesellschaftsanteil des betroffenen Gesellschafters von diesem den übrigen Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile oder einem Dritten zum Erwerb anzubieten und abzutreten ist (Abtretungsverpflichtung an Dritte). Die übrigen Gesellschafter sind als dann berechtigt, diesen Gesellschaftsanteil im Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile zueinander zu erwerben; der Dritte erhält entsprechend ein Erwerbsrecht.

Die erwerbsberechtigten Gesellschafter oder der Dritte müssen binnen eines Monats nach Empfang des Angebots der Gesellschaft mitteilen, ob und in welcher Höhe sie von ihrem Erwerbsrecht Gebrauch machen wollen.

Macht ein Gesellschafter von seinem Erwerbsrecht ganz oder teilweise keinen Gebrauch, so wächst sein nicht ausgeübtes Erwerbsrecht den übrigen Gesellschaftern im Verhältnis der von ihnen bisher gehaltenen Gesellschaftsanteile zu.

- (6) Als Tag des Ausscheidens gilt der letzte Tag des Monats, in dem die Gesellschafterversammlung den Ausschluss beschließt; entsprechendes gilt für einen Erwerb gemäß Absatz (5). Ab der Beschlussfassung über den Ausschluss ruhen die Stimm- und Mitgliedschaftsrechte des betroffenen Gesellschafters.

### **§ 13**

#### **Ausscheiden**

- (1) Scheiden Gesellschafter aus der Gesellschaft aus, so wird die Gesellschaft von den übrigen Gesellschaftern mit sämtlichen Vermögensgegenständen („Aktiva und Passiva“) fortgeführt. Sind nur zwei Gesellschafter vorhanden, so hat der verbleibende Gesellschafter das Recht, ohne Liquidation das Gesellschaftsvermögen mit allen Aktiva und Passiva zu übernehmen. Die Abfindung des ausscheidenden Gesellschafters richtet sich nach § 15. Macht der verbleibende Gesellschafter keinen Gebrauch von seinem Übernahmerecht, erfolgt die Liquidation der Gesellschaft.
- (2) Abweichend von der allgemeinen Regelung zur Abfindung gem. § 15 dieses Vertrages ist jeder Gesellschafter im Falle seines Ausscheidens aus dieser Gesellschaft berechtigt, diejenigen Vermögenswerte, die durch ihn in die Gesellschaft eingebracht wurden, unter Anrechnung auf sein Abfindungsguthaben, zu entnehmen.
- (3) Ein Gesellschafter scheidet aus der Gesellschaft aus, wenn er oder sein Gläubiger unter Einhaltung der vorgeschriebenen Kündigungsfrist, das Gesellschaftsverhältnis kündigt.



Im Fall seiner Ausschließung scheidet ein Gesellschafter mit der Zustellung der Ausschließungsmitteilung aus.

## § 14

### Liquidation

- (1) Im Falle der Liquidation gilt für die Auseinandersetzung § 15 dieses Vertrages. Das sich bei der Liquidation ergebende Vermögen wird nach dem Verhältnis der Beteiligung an der Gesellschaft gemäß § 3 iVm § 13 Abs. 2 unter den Gesellschaftern verteilt.
- (2) Liquidator ist der Geschäftsführer, sofern nicht die Gesellschafter mit der Mehrheit aller stimmberechtigten Gesellschafter einen anderen Liquidator bestimmen.

## § 15

### Auseinandersetzung

- (1) Scheidet ein Gesellschafter oder scheiden Erben eines Gesellschafters aus der Gesellschaft aus, so werden sie gem. folgender Regelung abgefunden:

Bemessungsgrundlage für die Abfindung ist hinsichtlich der **Immobilien** der Gesellschaft ein Vermögensstatus auf den Tag des Ausscheidens des Gesellschafters, aufzustellen nach den Grundsätzen des Bewertungsgesetzes in der Fassung vom 01.01.2009 (sog. Steuerlicher Bedarfswert) **abzüglich eines Abschlags von 50 v.H.**

Eine Bewertung der von der Gesellschaft gehaltenen **Wertpapiere, Fonds oder anderweitigen Vermögensanlagen** erfolgt nach deren Verkehrswert am Tag des Ausscheidens des Gesellschafters, **abzüglich eines Abschlags von 50 v.H.**

Alle **übrigen Vermögenswerte** der Gesellschaft sind mit deren Verkehrswert **abzüglich eines Abschlags von 50 v.H.** anzusetzen. Ein Ansatz für den Goodwill (Firmenwert und stille Reserven) oder für nicht bilanzierungspflichtige schwebende Geschäfte unterbleibt.

Zwischen den Gesellschaftern besteht Einigkeit, dass die bestehenden Abfindungsregelungen auch dann Geltung haben sollen, wenn der tatsächliche Wert der Beteiligung und der vorstehend vereinbarte Abfindungswert erheblich auseinander fallen. Die Gesellschafter wählen bewusst eine möglichst niedrige Bewertung, um die Fortführung der Gesellschaft im Falle des Ausscheidens eines Gesellschafters für die übrigen Gesellschafter zu ermöglichen und wirtschaftlich nicht tragbare Abfindungszahlungen für die verbleibenden Gesellschafter zu vermeiden.

- (2) Soweit durch den Tod oder das Ausscheiden eines Gesellschafters, der Übertragung der Beteiligung auf die Gesellschaft, Mitgesellschafter oder Dritte und einer etwaigen Bewertung unterhalb des Verkehrswertes Erbschaftsteuer nach dem Erbschaftsteuergesetz ausgelöst wird, so trägt diese Steuerlast der den Gesellschaftsanteil mittelbar oder unmittelbar erwerbende Gesellschafter; mehrere Gesellschafter im Verhältnis ihrer Erwerbe zueinander.
- (3) Das Auseinandersetzungsguthaben ist dem ausscheidenden Gesellschafter in fünf gleichen Jahresraten auszuführen, von denen die erste Rate sechs Monate nach dem Ausscheiden eines Gesellschafters fällig wird, die folgende Rate nach weiteren zwölf Monaten usw.
- (4) Bis zur vollständigen Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens ist dieses jährlich mit 2 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen. Die Zinsen sind jeweils mit der Kapitalrate zu zahlen. Frühere Zahlungen sind zulässig. Die ganze Forderung wird fällig, wenn der Schuldner nach Mahnung länger als einen Monat in Verzug bleibt.
- (5) Erfolgt über die Höhe des nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen zu ermittelnden Abfindungsguthabens keine Einigung, so wird sie durch einen Schiedsgutachter nach billigem Ermessen festgesetzt. Der Schiedsgutachter ist in allen vorgenannten Fällen auf Antrag eines Beteiligten von der Industrie- und Handelskammer des Sitzes der Gesellschaft zu benennen. Der Schiedsgutachter muss Wirtschaftsprüfer oder vereidigter Buchprüfer sein. Zwischen den Beteiligten besteht Einigkeit, dass die bestehenden Ab-

findungsregelungen auch dann Geltung haben sollen, wenn der tatsächliche Wert der eingezogenen Beteiligung und der vorstehend vereinbarte Abfindungswert erheblich auseinander fallen.

- (6) Sollten die vorstehenden Bestimmungen über den Auseinandersetzungsbetrag und seine Auszahlung gegen zwingendes Recht verstoßen, so gelten ein Auseinandersetzungsbetrag und eine Auszahlungsregelung als vereinbart, die im Rahmen des gesetzlich Zulässigen die Gesellschaft möglichst schonen.

## **§ 16**

### **Erbfolge**

- (1) Durch den Tod eines Gesellschafters wird die Gesellschaft nicht aufgelöst, sondern mit den verbleibenden Gesellschaftern fortgesetzt.

Etwaige Erben oder anderweitig durch Verfügung von Todes wegen Begünstigte scheiden mit dem Tod des verstorbenen Gesellschafters aus der Gesellschaft aus, sofern sie nicht nachfolgeberechtigt sind.

**Nachfolgeberechtigte Personen** sind

- Mitgesellschafter,
- die leiblichen und volljährigen Abkömmlinge von Gesellschaftern,
- Personen (Erben und/oder Vermächtnisnehmer), deren Beitritt als Gesellschafter mit der in § 10 Absatz (1) dieses Vertrages festgeschriebenen Mehrheit durch die Gesellschafterversammlung zugestimmt wird.

Sofern für minderjährige Abkömmlinge Testamentsvollstreckung angeordnet ist, sind diese auch nachfolgeberechtigt i.S.d. vorstehenden Satz 3.

Für den Fall, dass der vorletzte Gesellschafter ausscheidet oder verstirbt und keine nachfolgeberechtigten Personen bestimmt sind, wächst sein Anteil dem verbleibenden Gesellschafter an; es gilt § 13 entsprechend.

- (2) Das Ausscheiden eines Erben oder durch Verfügung von Todes wegen Begünstigten gemäß den vorstehenden Bestimmungen gilt als nicht erfolgt, wenn die Gesellschafterversammlung innerhalb von drei Monaten nach Kenntnisnahme von dem Erbfall mit der in § 10 Absatz (1) dieses Vertrages festgeschriebenen Mehrheit beschließt, dass das Gesellschaftsverhältnis mit einem, mehreren oder allen Erben oder durch Verfügung von Todes wegen Begünstigten fortgeführt werden soll.
- (3) Werden mehrere Erben oder durch Verfügung von Todes wegen Begünstigte Gesellschafter, so können sie ihre Rechte nur durch einen gemeinsamen Vertreter ausüben lassen, der entweder Gesellschafter oder Testamentsvollstrecker oder beruflich zur Verschwiegenheit verpflichtet ist.
- (4) Sind Erben oder anderweitig durch Verfügung von Todes wegen Begünstigte nach dem Tod eines Gesellschafters aus der Gesellschaft ausgeschieden, ermitteln sich ihre Abfindungsguthaben nach § 15.

## **§ 17**

### **Mediation**

- (1) Die Parteien dieses Vertrages verpflichten sich, bei Streitigkeiten aus oder in Zusammenhang mit diesem Vertrag vor Anrufung eines Gerichts und/oder vor dem ordentlichen Rechtsweg eine Mediation durchzuführen.
- (2) Die Parteien haben sich hierfür innerhalb von 10 Werktagen einvernehmlich auf einen Mediator zu verständigen. Kommt eine Einigung nicht zustande, wird der Mediator von der für die Gesellschaft zuständigen IHK für die Parteien verbindlich bestimmt.

- (3) Die Mediation beginnt mit dem Antrag eines Gesellschafters, dass ein Mediationsverfahren durchgeführt wird. Der Antrag ist jedem Mitgesellschafter zuzustellen und muss eine kurze Darstellung des Streitgegenstandes und mindestens einen Vorschlag für einen Mediator beinhalten.
- (4) Eine Klage ist erst zulässig, wenn im Rahmen der Mediation ein Verhandlungstermin stattgefunden hat oder wenn seit dem Mediationsantrag einer Seite mehr als 60 Werktage verstrichen sind. Diese Klausel ordnet verbindlich die Durchführung einer Mediation an. Das heißt, dass damit eine Prozessvereinbarung der durch den Gesellschaftsvertrag verbundenen Gesellschafter geschaffen wird. Die Prozessvereinbarung gilt nicht für Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes.
- (5) Die Kosten der Mediation tragen die Parteien je zur Hälfte, es sei denn, sie einigen sich in der Mediation auf eine andere Verteilung.

## **§ 18**

### **Schlussbestimmungen**

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (2) Alle zu dieser Urkunde etwa erforderlichen Genehmigungen oder Erklärungen sollen von dem Notar eingeholt und mit Eingang bei dem Notar wirksam werden.
- (3) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird dadurch der Vertrag in seinem übrigen Inhalt nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist vielmehr von den Gesellschaftern unverzüglich derart zu ersetzen, dass der beabsichtigte wirtschaftliche Zweck in gesetzlich zulässiger Weise bestmöglich erreicht wird. Entsprechendes gilt für den Fall, dass dieser Vertrag lückenhaft sein sollte.

(4) Sämtliche Kosten dieses Vertrages und seiner Durchführung trägt die Gesellschaft.

Musterstadt, den \_\_.\_\_.2019

---

Max Mustermann  
Gesellschafter

---

Marta Mustermann  
Gesellschafterin

UR-Nr.: \_\_\_\_\_/2019

der Urkundenrolle für das Jahr Zweitausendneunzehn - 2019 -

### **B e g l a u b i g u n g s v e r m e r k**

Ich beglaubige als echt vorstehend eigenhändige vor mir vollzogene Unterschriften der mir bekannten Personen

1. Herr **Max Mustermann**, geb. am \_\_.\_\_.19\_\_,  
wohnhaft Musterstraße 123, 12345 Musterstadt.
2. Frau **Marta Mustermann**, geb. am \_\_.\_\_.19\_\_,  
wohnhaft Musterstraße 123, 12345 Musterstadt.

Musterstadt, den \_\_.\_\_.2019

Notar